

## **Das Ende der Ära Schröder**

Analyse der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

von

Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke und Ulrich Eith

Die Autoren sind Mitglieder der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg am Seminar für  
Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg  
([www.politik.uni-freiburg.de/forschung/awf/awf.php](http://www.politik.uni-freiburg.de/forschung/awf/awf.php))

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen endete mit einem doppelten Paukenschlag. Unmittelbar nachdem sich der triumphale Wahlsieg der CDU im bevölkerungsreichsten Bundesland abgezeichnet hatte, kündigte der SPD-Vorsitzende in Absprache mit dem Bundeskanzler eine auf den kommenden Herbst vorgezogene Bundestagswahl an. Dieser überraschende Coup konnte am Wahlabend den Zusammenbruch der fast vierzigjährigen sozialdemokratischen Vorherrschaft an Rhein und Ruhr zumindest teilweise in den Hintergrund drängen und so die aufkeimende Panik in der SPD über die Wahlniederlage betäuben. Seither ist die mediale Aufmerksamkeit auf den nun bevorstehenden Bundestagswahlkampf gelenkt. Die Wählerbewegungen in Nordrhein-Westfalen und die Erfolgsaussichten der Parteien für die kommende Bundestagswahl stehen jedoch in einem engen, ja unauflöslichen Zusammenhang.

Wählerverhalten und das Handeln politischer Akteure sind wechselseitig aufeinander bezogen. So sind es zunächst die Parteien, die den Wählerinnen und Wählern politische Angebote unterbreiten und aufgrund ihrer unterschiedlichen parteipolitischen Traditionen und Akzentuierungen die Konfliktlinien und Frontstellungen des politischen Wettbewerbs vorgeben. Andererseits stellen der Ausgang von Wahlen und die damit verbundenen Rollenzuweisungen als Regierung und Opposition für die Parteien zentrale Orientierungspunkte und auch Rahmenbedingungen ihres zukünftigen Verhaltens dar.

So gilt es also zu fragen: Welche Motive und Strukturen treten in der nordrhein-westfälischen Wählerschaft hervor? Wie fügt sich die Landtagswahl in den wahlgeschichtlichen Zusammenhang? Und: Welche Handlungsstrategien und Spielräume der Parteien sind vor diesem Hintergrund erkennbar?

### **Der SPD laufen die Stammwähler weg**

Das Wahlergebnis vom Sonntag verweist auf unterschiedliche Aspekte. Zum einen gleichen die Veränderungen in der nordrhein-westfälischen Wählerschaft weitgehend den Trends und Entwicklungen, die schon seit 1999 mit aufreizender Gleichförmigkeit zu einer beispiellosen Serie von Wahlniederlagen der Sozialdemokratie unter Gerhard Schröder und Franz Müntefering geführt haben. Die SPD, die mit 37,1 % ihr schlechtestes Ergebnis seit 1954 in Nordrhein-Westfalen einfuhr, erlitt wie schon bei all ihren Niederlagen in den Jahren zuvor überdurchschnittlich hohe Verluste bei ihren Stammwählern in den unteren Mittelschichten.

Die Sozialdemokraten konnten bei dieser Landtagswahl nur noch sechzig Prozent ihres stattlichen Wählerpotenzials bei der Bundestagswahl 1998 mobilisieren; damit sind umgekehrt rund vierzig Prozent ihrer vormaligen Anhänger mittlerweile auf Distanz zur SPD gegangen. Zusammen mit den massiven Einbrüchen bei den letzten Kommunalwahlen verdeutlicht dies schlaglichtartig eine tiefe Entfremdung breiter Teile der städtischen Arbeiterschaft auch in dem vormaligen Kernland der Sozialdemokratie. Zwar zeichneten sich in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Jahr 2000 zum Teil erhebliche landespolitische Kompetenzverluste und langfristige Verschleißerscheinungen der Parteiorganisation ab, jedoch waren auch hier vor allem die Skepsis und Distanz gegenüber der Schröderschen Agenda-Politik der ausschlaggebende Faktor für den Einbruch der SPD.

Die deutlichen Sympathie- und Kompetenzvorsprünge von Ministerpräsident Peer Steinbrück vor seinem Herausforderer Jürgen Rüttgers vermochten gegen diese negative Grundströmung aus Berlin nichts auszurichten. Auch in dieser Hinsicht glich die Gemengelage an Rhein und Ruhr den Landtagswahlen andernorts: Ganz offensichtlich lassen sich Vertrauensverluste und emotionale Reserven gegenüber der Schröderschen Reformpolitik, die sich unter den vormaligen Anhängern der SPD im Laufe der letzten Jahr aufgestaut haben, nicht durch einen kampagnenmäßig inszenierten Persönlichkeitsbonus auf Landesebene kompensieren.

Die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Rüttgers gründet ihren Wahlsieg auf zwei unterschiedliche Wählerströme. Zunächst konnte sie die überwältigende Mehrheit der Wähler zurückgewinnen, die bei der letzten Landtagswahl noch unter dem Eindruck des Kohlschen Spendenskandals entweder in die Wahleuthaltung oder zur FDP ausgewichen waren. So waren diesmal auf dem Nichtwählermarkt erhebliche Umschichtungen zwischen rückkehrwilligen Unionsanhängern und neu in das Nichtwählerlager drängenden, frustrierten, vormaligen SPD-Sympathisanten zu verzeichnen. Der leichte Wahlbeteiligungszuwachs kam wohl durch den starken „Rückkehrer-Effekt“ in erster Linie der CDU zugute.

Zusätzlich konnte die Union auf breiter Front Gewinne aus nahezu allen sozialen Gruppen und politischen Lagern verbuchen, nicht zuletzt auch in den großstädtischen Arbeiterrevieren. Hier haben sich die beträchtlichen christdemokratischen Erfolge bei den letzten kommunalen Wahlen auf landespolitischer Ebene ausgezahlt. Dass die CDU nach Hamburg nun auch in Nordrhein-Westfalen im großstädtischen Bereich erhebliche Zuwächse erzielen und den Rang einer „Arbeiterpartei“ erkämpfen konnte, ist zweifellos eines der strategisch bedeutsamsten Ergebnisse der Wahl vom letzten Sonntag.

Das Abschneiden der kleinen Parteien entsprach den landespolitischen Erwartungen. Die FDP schrumpfte nach der Rückkehr der vielen, im Jahr 2000 dort vorübergehend geparkten Unionsanhänger zur CDU wieder auf Normalmaß zurück. Das Ergebnis der GRÜNEN spiegelt ihre eigentümliche Rolle in Nordrhein-Westfalen als ungeliebter, immer wieder von den Sozialdemokraten geschurigelter Koalitionspartner wider. Die neue WASG konnte aufgrund ihrer organisatorischen und personellen Probleme nur unzureichend von dem durchaus großen Potenzial enttäuschter, vormaliger SPD-Anhänger profitieren.

### **Europäische Vorbilder**

Die Landtagswahlergebnisse stehen in einem deutschen und europäischen Zusammenhang. Wahlgeschichtliche Studien belegen zunächst, dass in den frühen 1960er Jahren die Mehrheitsfähigkeit der SPD auf Bundesebene ganz wesentlich durch Veränderungen in der nordrhein-westfälischen Wählerschaft ihren Anfang nahm. Die Ausbreitung einer wohlfahrtsstaatlich ausgerichteten Arbeitnehmermentalität bei gleichzeitigem

Bedeutungsverlust des katholischen Konfessionsfaktors beendete die bis 1966 bestehende Hegemonie der CDU in Nordrhein-Westfalen und führte zu einem anhaltenden Aufstieg der SPD. Sowohl im Lande selbst als dann auch auf Bundesebene konnte sich die SPD seither als Repräsentantin dieser tief verankerten Wohlfahrtsstaats- und Gerechtigkeitsorientierungen die Grundlage für eine politische Vormachtstellung sichern.

Unter dem Eindruck des seit 1999 betriebenen Politikwechsels durch Gerhard Schröder und Franz Müntefering ist die sozialdemokratische Mehrheit nun auch in Nordrhein-Westfalen zerbröselte. Die zum Teil dramatischen Stimmenverluste der Sozialdemokraten resultieren vor allem aus einem veränderten Politikangebot von Bundesregierung und Parteispitze und weniger aus gewandelten Interessen der sozialdemokratischen Wählerschaft. Über Jahre hinweg haben es der Bundeskanzler und die SPD versäumt, den als notwendig angesehenen Reformprozess mit dem für Sozialdemokraten identitätsstiftenden Thema der sozialen Gerechtigkeit zu verknüpfen und gerade auch für sozial Schwächere verträglich zu gestalten. Bei vielen traditionellen SPD-Sympathisanten steht Agenda 2010 inzwischen vor allem für Entsolidarisierung, für eine zunehmende Privatisierung von Lebensrisiken und eine sich ausbreitende soziale Kälte. Der Verlust der Landtagswahl vom Sonntag geht in erster Linie auf die gezielte Distanzierung der Sozialdemokraten von ihrem traditionellen Politikansatz zurück.

Entsprechend hat dieser nach der Bundestagswahl 1998 von der Parteispitze angestoßene und ohne breitere Diskussion durchgesetzte Wandel der politischen Ausrichtung der SPD zu nachhaltigen Frustrationen und Abkopplungsprozessen bei weniger gut gestellten Gruppen in der SPD-Wählerschaft geführt. Die Ängste vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg reichen inzwischen bis weit in die Mittelschichten hinein. Für zukünftige Regierungsparteien muss klar sein, dass politische Zustimmung und längerfristige Loyalitäten ohne eine stärkere Berücksichtigung dieser Ängste und Befürchtungen breiter Wählerkreise nicht zu erreichen sein werden.

Die Agenda-Politik der SPD wurde verschiedentlich mit den programmatischen Neubestimmungen auch anderer europäischer Sozialdemokratien während der letzten Jahre in Zusammenhang gebracht. Auf breiter Front sind dabei die vertrauten Vorstellungen einer wirtschaftskritischen und auf Marktkorrekturen bedachten Sozialdemokratie in Frage gestellt worden. Vor allem der „dritte Weg“ New Labours unter Tony Blair, aber auch die dänischen

und holländischen Sozialdemokraten gelten als nachahmenswerte Vorbilder für eine erfolgreiche Neuausrichtung auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Erfordernisse einer globalisierten Welt. Ein Blick auf den Wandel der Sozialdemokratien in diesen Ländern offenbart jedoch bei der programmatischen Neuausrichtung der deutschen Sozialdemokraten einige gravierende Unterschiede.

Nicht nur haben diese europäischen Vorbilder ihre Reformkonzepte in der Opposition entwickelt. Der programmatische Wandel ist dort jeweils auch mit intensiven innerparteilichen Debatten und mit einer gezielten Anknüpfung an die jeweiligen politischen Traditionen verbunden worden. Auf diese Weise wurden die Parteimitglieder in den programmatischen Wandel einbezogen; vor allem aber errangen New Labour und die anderen transformierten europäischen Sozialdemokratien auf der Grundlage ihrer neuen Politikansätze zumindest eine Zeit lang klare Wahlerfolge, die den Umbruch rechtfertigen konnten.

Keine dieser Voraussetzungen für eine erfolgreiche Neupositionierung trifft für die SPD zu. Schröders und Münteferings Politikwechsel erfolgte als programmatischer Coup von oben und aus der Regierungsverantwortung heraus, und er war von Anfang an durch Eingriffe der Opposition im Bundesrat gefärbt und verzerrt. Die Mitwirkung der Partei und ihrer Gremien wurde zudem von der Parteispitze zugunsten des Einflusses von allerlei Expertenkommissionen auf ein Minimum reduziert, so dass eine innerparteiliche Identifikation mit Hartz IV und anderen Elementen der Agenda-Politik bis heute weitgehend ausblieb. Vor allem aber ging die Entwicklung der neuen SPD-Politik von Anfang an mit schweren Wahlniederlagen einher, die den Kurswechsel zugleich immer auch als einen Marsch in den Abgrund erscheinen ließen. Für die nun anberaumte Bundestagswahl verheißen diese Begleitumstände keine hoffnungsvolle Perspektive.

### **Eigenmächtiger Führungsstil**

Die prompte Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen illustriert einmal mehr den eigenmächtigen, bestenfalls wenige Weggefährten einbeziehenden Führungsstil von Schröder. Fraktion, Parteigremien und auch Koalitionspartner bleiben bei der Entscheidungsfindung weitgehend außen vor und müssen im Nachhinein den Regierungskurs mittragen und umsetzen.

Andererseits liegt in diesem Überraschungsmoment auch eine zentrale Stärke der Regierungstechnik des Bundeskanzlers. Wie schon häufig in schwieriger Situation reagierte er auch angesichts des Wahldebakels in Nordrhein-Westfalen schnell und instinktsicher. Trotz schmerzhafter Niederlage gelang es Schröder mit der Ankündigung von Neuwahlen, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten.

Fraglich ist allerdings, ob Neuwahlen der amtierenden Bundesregierung tatsächlich eine realistische Zukunftsoption eröffnen. Zu unterscheiden ist hierbei eine parteienstrategische und eine innerparteiliche Perspektive.

In der Tat ist die derzeitige Lage für Rot-Grün mehr als misslich. Der Verlust der Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen verstärkt den nicht nur von der Opposition geäußerten Zweifel, ob die Bundesregierung überhaupt noch den notwendigen Rückhalt bei den Wählern hat. Im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss kann die Union ihre Mehrheits- und Blockadeposition nach dem Machtwechsel Düsseldorf weiter ausbauen. Vor diesem Hintergrund setzt Schröder die Union mit seinem Ruf nach Neuwahlen zunächst einmal unter Druck. Personell und inhaltlich muss dort jetzt schnell reagiert werden. Und möglicherweise rechnet sich Schröder gegen eine von Angela Merkel angeführte Union auch noch Siegchancen aus. Hinzu kommt, dass ein weiteres Jahr des politischen Stillstands keineswegs die sozialdemokratischen Wahlchancen erhöht.

### **Keine Zukunftschancen für Rot-Grün**

Aber selbst ein noch so überzeugender Wahlsieg von Rot-Grün im Herbst würde nichts an den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat ändern und Schröder aus der Umklammerung der Union befreien. Auf absehbare Zeit ist jede Bundesregierung auf eine enge Kooperation mit den christdemokratischen Ministerpräsidenten angewiesen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich für Rot-Grün derzeit keine realistischen Zukunftschancen. Bestenfalls könnte Schröder noch auf eine große Koalition setzen. So haftet der Ankündigung von Neuwahlen das Odium eines PR-Gags an.

Fraglich ist auch, ob Moral und Motivation der sozialdemokratischen Wahlkämpfer in den Kommunen und Landkreisen für einen erneuten Wahlkampf angesichts der steten

Wahlniederlagen und des inzwischen umstrittenen Schröder-Kurses ausreichen. Zumindest in Nordrhein-Westfalen ist die Bereitschaft derzeit eher gering, sich ein weiteres Mal von der Union auf die Plätze verweisen zu lassen. Die aktuelle wirtschaftliche Situation und die anhaltende pessimistische Zukunftsstimmung in Deutschland ergeben zudem auch wenig Anlass für die Sozialdemokraten, hoffnungsvoll einem Wahlsieg entgegen zu sehen.

Warum dennoch Neuwahlen? Vieles deutet darauf hin, dass Schröder mit seinem Aktionismus in erster Linie einen langwierigen innerparteilichen Diskussionsprozess und Machtkampf verhindern will. Immerhin geht der Verlust von Nordrhein-Westfalen auf die wirtschaftsfreundliche Politik der Bundesregierung und die dadurch ausgelösten Frustrationen vieler sozialdemokratischer Stammwähler zurück. Große Teile der SPD stehen inzwischen bereit, die Frage eines Kurs- und auch Personalwechsels mit aller Vehemenz zu diskutieren. Genau dieser innerparteilichen Demontage versucht Schröder durch die Ankündigung von raschen Neuwahlen den Boden zu entziehen. Gewinnen allerdings kann die SPD die anstehende Bundestagswahl aus heutiger Sicht eigentlich nicht. Das Ende der Ära Schröder ist eingeläutet.

### **Die Aufgaben der Union**

Das Wahlergebnis vom vergangenen Sonntag erlaubt nicht nur Aufschlüsse über die aktuelle Misere der SPD. Zugleich richtet sich der Blick auch auf die personelle und programmatische Situation der Christdemokraten, zumal für diese die Chance auf die Übernahme der Regierungsverantwortung nach dem furiosen Sieg in Düsseldorf mit einem Schlag greifbar nahe erscheint.

Am schnellsten noch lassen sich die personellen Fragen klären. Die Herausforderin des Bundeskanzlers heißt Angela Merkel und ihr Schattenkabinett oder Kompetenzteam wird sicherlich schnell sichtbar werden. Schwieriger erscheint der Nachweis der inhaltlich-programmatischen Regierungsfähigkeit und Integrationskraft der Union als Volkspartei. Ein wirtschaftsliberaler Kurs wird hierzu alleine nicht ausreichen. Auch die Union muss den Sicherheitsbedürfnissen der verunsicherten Mittelschichten und neu hinzugewonnenen Wählergruppen aus der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen.

So sehr Schröder sich eher vergeblich mühte, der „Neuen Mitte“ ein Profil zu geben, so notwendig kommt es für die Union jetzt darauf an, eine programmatische Vorstellung von moderner Bürgerlichkeit zu entwickeln und inhaltlich auszufüllen. Protestantische Tugenden, katholische Traditionen und städtisch-bürgerlich geprägte Lebensgewohnheiten jüngerer Generationen müssen zum Ausgleich gebracht werden. Die traditionellen ideologischen Schlachten etwa um die Ganztagschule, um umfassende Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei jüngeren Frauen gehören hierbei der Vergangenheit an. Auch die Eröffnung eines Kulturkampfes, der den türkischen EU-Beitritt instrumentalisiert, ist ein fataler Irrweg. Mit der gezielten Förderung hingegen von jungen Familien, der tatsächlichen Eröffnung breiterer Bildungschancen trotz Studiengebühren sowie dem Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen etwa lässt sich nicht nur das für eine Volkspartei unverzichtbare Leitbild der Chancengerechtigkeit inhaltlich präziser ausgestalten. Darüber hinaus ergeben sich längerfristig auszulotende Schnittstellen etwa zu den Grünen. Dies kann die eingefahrenen Frontstellungen und verfestigten Reflexe der politischen Farbenlehre zukünftig wirkungsvoll aufbrechen. Die Union hat zwar die anstehende Wahl schon so gut wie gewonnen, den Beweis für eine langfristige Regierungsfähigkeit muss sie jedoch noch erbringen.